Stadtzeitung der
Deutschen
Kommunistischen
Partei
Mörfelden

Januar 1986

Nr. 181

blick punkt

Lärm und kein Ende

Wahnwitzige Pläne der Bundesbahn

Das Bundeskabinett hat am 18. September 1985 den „Bundesverkehrswegeplan 1985" beschlossen. Für die Bahn sind darin für den Zeitraum von 1986 bis 1995 Investitionsmittel in Höhe von 35 Milliarden DM vorgesehen, davon 21 Milliarden für den Streckenausbau.

Von diesem Beschluß wird unsere Stadt durch zwei Maßnahmen tangiert und zwar durch den Neubau einer Schnellbahnstrecke Köln–Rhein/Main und durch den Ausbau der vorhandenen Riedbahnstrecke Frankfurt–Mannheim.

Der Bau einer Schnellbahnstrecke von Köln nach Groß-Gerau wurde in den 70er Jahren schon einmal heiß diskutiert. Inzwischen heißt die Strecke Köln–Rhein/Main und soll das Ruhrgebiet mit dem Rhein-Main-Gebiet schneller verbinden und ähnlich wie bei dem Ausbau des Flughafens, fällt auch hierbei, in einem Papier der Bundesbahn, ein Satz ins Auge der da lautet: „Eine moderne Verkehrsinfrastruktur ist aber auch generell für das Wachstum der Wirtschaft unverzichtbar."

Mit der Bekanntgabe der endgültigen Trassenführung, hält man sich im Bundesverkehrsministerium und bei der Bundesbahn noch zurück, um den bereits vorprogrammierten Protesten der betroffenen Bürger so lange wie möglich aus dem Wege zu gehen. Der hessische Minister für Technik, Dr. Steger, schreibt allerdings in einem Brief vom 5. 12. 1985 an den Magistrat der Stadt Mörfelden: „Nach der derzeitigen mir bekannten Grobtrassierung der deutschen Bundesbahn, soll die Neubaustrecke am nördlichen Stadtrand von Mörfelden-Walldorf vorbeiführen."

Zusätzlich plant die Bundesbahn die Riedbahnstrecke auszubauen und es sollen künftig vier statt bisher zwei Gleise durch das Gebiet der Doppelstadt führen. Über die Schnellverkehrsstrecke Frankfurt–Mannheim sollen künftig Züge wie der Intercity Experimental (ICE), mit dem Tempo 200 bis 250 km/h durch die Stadt brausen.

Laut einer Äußerung der Bundesbahnplaner anläßlich eines Gespräches mit dem Magistrat am 16. 1. 1986, sind reichlich Mittel hierfür bereits vorhanden und der Ausbau soll bis 1991 abgeschlossen sein. Zu dem Ausbau kommen die Begradigungen der Strecke im Bereich südlich von Mörfelden.

Bei all diesen Planungen wird anscheinend an die Betroffenen und bereits durch Lärm geplagten Bürger nicht gedacht. Die Anlieger an der Bundesbahnstrecke in beiden Stadtteilen sind durch diese Meldungen äußerst beunruhigt. Schon bei dem zur Zeit gefahrenen Geschwindigkeiten und bei der sehr hohen Zugfrequenz, ist die Belästigung unzumutbar, sodaß noch höhere Zugfolgen durch Intercity-Strecken und schneller fahrende Züge auf keinen Fall, ohne besondere Lärmschutzmaßnahmen, zugelassen werden dürfen.

Bis zum heutigen Tage hat es die Bundesbahn, trotz vielfachem Bemühen der Stadt, immer wieder abgelehnt Lärmschutzmaßnahmen mit zu finanzieren.

Wer die Worte des Bundesbahnplaners hört, spürt die Kälte mit der man sich über die Belange der Bürger hinwegsezt. Er meinte z. B., wenn man wegen der Knappheit des Geländes nicht vier Gleise nebeneinander anordnen könne, dann wird eben eine Ständerlösung anzustreben sein, wobei jeweils zwei Gleise übereinander liegen. Von Lärmschutzmaßnahmen kann dann wohl keine Rede mehr sein, denn im Bereich Mörfelden liegt bereits jetzt schon die erste Ebene der Gleise in Höhe der Schlafzimmerfenster im 1. Obergeschoß der in geringer Entfernung liegenden Häuser. Die Bürger unserer Stadt sind mit Lärmbelästigungen genug gebeutelt, man denke nur an die beiden sehr stark frequentierten Bundesstraßen (B 44 und B 486) und an den nach dem Bau der Startbahn West beträchtlich gestiegenen Fluglärm. Die einzelnen Maßnahmen des Bundesver- ▶

Neuer Raubzug auf die Taschen der Bürger angekündigt!

DKP protestiert

Jahrelange intensive politische Arbeit der DKP-Stadtverordneten bewirkten, daß unsere Stadt im großen Umkreis die niedrigsten kommunalen Gebühren hatte.

Und noch der letzte Stadtverordnetenbeschluß, den die DKP durchsetzte, legte die „Gebühren auf Eis". Bis Januar 1987 darf also nichts erhöht werden. Aber schon werden neue Belastungen der Bevölkerung vorbereitet. Der Stadtkämmerer kündigt sogar die Erhöhung der Abwassergebühr um ein Drittel an. Bei der jetzigen Parlamentszusammensetzung kann er sich der Zustimmung zu dieser neuen Ausplünderungsaktion sogar sicher sein.

Aber sicher ist auch, wir werden die neuen Ausplünderungsversuche nicht stillschweigend hinnehmen.

rh

kehrsministerium und der Bundesbahn, die unseren Raum berühren, sind aufmerksam zu beobachten. Eine genaue Information der betroffenen Bürger hat schnellstens zu erfolgen. Protest gegen unzumutbare Veränderungen kann nicht früh genug artikuliert werden.

Die Gegner der Startbahn West des Frankfurter Flughafens traten zu einem frühen Stadium bereits für die Anbindung des Frankfurter Flughafens an das Schnellbahnnetz der Bundesbahn ein, um eine Entlastung für den Flughafen zu erreichen. Heute, nachdem die Startbahn in Betrieb ist, besteht die Gefahr, daß mit besserer Bahnanbindung mehr Fluggäste und somit mehr Fluggesellschaften nach Frankfurt gehotl werden, die man den übrigen Flughäfen entzieht. Dies ist ein gefährlicher Weg für das Rhein-Main-Gebiet undführt zu weiteren Ausbaumaßnahmen auf Rhein-Main. Im Geheimen wird bereits von einer 4. Start- und Landebahn gesprochen.

Ein Zurückdämmen des Individualverkehrs und das Hinwenden zu öffentlichen Verkehrsmitteln sowie das Verlegen von mehr Verkehr auf die Schiene, ist ohne weiteres zu begrüßen. Jedoch müssen hier Umweltbelastungen und Beeinträchtigungen der Bürger weitgehenst vermieden werden. Weitere Ballungen im Rhein-Main-Gebiet sind nicht zum Wohl der hier lebenden Bürger.

Heinz Hechler

„Nichts wird vergessen!" Startbahngegner trafen sich zum Weihnachtsgottesdienst an der Flughafenmauer.

Der „Dritte" noch nicht vom Tisch?

In den nächsten Tagen muß es sich entscheiden, denn die Verabschiedung des Haushaltsplanes für das Jahr 1986 steht in der Stadtverordnetensitzung an. Wie bekannt, hat die SPD hierzu nicht die Mehrheit und ist auf die Zustimmung der GBL, oder der CDU-Fraktion angewiesen.

Nach wie vor beharrt die Grüne Bürgerliste auf ihre Forderung nach einem dritten hauptamtlichen Stadtrat, der dann auf 6 Jahre gewählt würde und in dieser Zeit dem Steuerzahler rund eine Million Mark kosten würde. Nach 6 Jahren wäre er pensionsberechtigt und die Stadt müßte ihm, sollte er nicht wieder gewählt werden, 35 % seines Gehaltes zahlen, unabhängig von senem Alter und seinem künftigen Verdienst.

Wir halten eine Aufblähung des Verwaltungsapparates mit solchen Spitzenverdienern schlichtweg für einen Skandal. Für dieses Geld könnten ohne weiteres 3 Sachbearbeiter im Rathaus eingestellt werden, wollte man den Bürgerservice noch verbessern. Auch so manche andere soziale Einrichtung könnte für dieses Geld in Angriff genommen werden. Man denke hierbei nur an fehlende Sozialwohnungen.

Der SPD kann man hierbei nur raten, in diesem Falle hart zu bleiben, denn auch durch eine Annäherung an die CDU, käme sie vom Regen in die Traufe. Bei der CDU sitzt Hasselbach bereits in den Startlöchern und möchte von seiner Fraktion auf diesen gut dotierten Posten gehoben werden. Die Bürger von Mörfelden-Walldorf sollten sich schon jetzt die richtige Antwort einfallen lassen, wie einer solchen Postenjägerei bei der nächsten Kommunalwahl zu begegnen ist.

Verständnis kann man für einen Großteil der GBL-Forderungen zum Haushalt 1986 haben. Schon im November 1985 ließen sie verlauten, daß der Haushalt 1986 deutliche Ansätze zu einer ökologischen und sozialfortschrittlichen Neuorientierung der Stadtpolitik enthalten müßte. Es ist aber falsch, zu glauben, daß man diese vernünftigen Ansätze nur mit der Person des dritten Stadtrates erreichen könnte.

Heinz Hechler

Neue Armut

Sie wollen es uns zwar ausreden die Lügenmäuler der Wenderegierung in Bonn, aber tagtäglich tritt es mehr zutage. Der schlechende Sozialabbau und die steigenden Gewinne der Großunternehmen, sowie die erhöhten Rüstungslasten, sind Bestandteil des Programmes mit dem die jetzige Koalitionsregierung CDU/CSU und FDP angetreten sind und das sie rigoros durchführt.

Dieser Tage war in der Presse zu lesen, daß zur Zeit 17 657 Nürnberger Bürger als verarmt gelten. Der Geschäftsführer der Nürnberger Arbeiterwohlfart, Otto Tiefel, stellte angesichts dieser Entwicklung fest: „Wir müssen täglih erleben wie immer mehr Menschen, die am Rande des Existenzminimums leben, mit ihren Sorgen und der Bitte um Hilfe, zu uns kommen. Vor 1981 haben im Monat vielleicht 5 bis 10 Personen um gebrachte Kleidung nachgefragt. Heute sind es an einem Tag 20 bis 30 Bittsteller die etwas zum Anziehen brauchen."

Mitglied werden in der Arbeiterpartei DKP.

Ruf mal an: 3859 oder 24270.

Das 3-Stufen-Programm zur Beseitigung aller Atomwaffen bis zum Jahr 2000

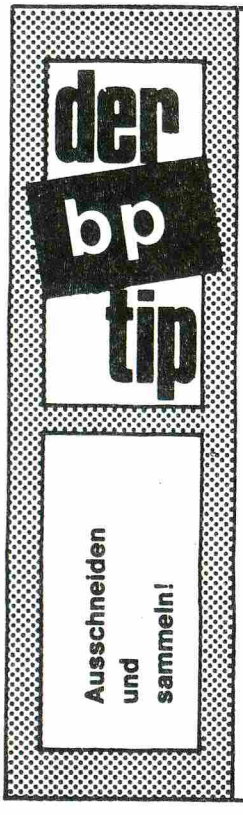
Neue sensationelle Vorschläge zur Befreiung der Welt von Atomwaffen hat Michail Gorbatschow vorgestellt. Gorbatschow legt ein konkretes, drei Etappen umfassendes Abrüstungsprogramm vor, mit dessen Verwirklichung in diesem Jahr begonnen werden soll.
Durch dieses Programm kann die Welt bis Ende dieses Jahrhunderts von Atomwaffen befreit werden. Voraussetzung dabei ist der Verzicht auf die Militarisierung des Weltraums.
Der KPdSU-Generalsekretär erklärte weiter, daß die UdSSR ihr einseitiges Moratorium für alle nuklearen Explosionen, das am 31. Dezember 1985 ausgelaufen war, um drei Monate verlängert. Er appellierte an den Präsidenten, den Kongreß und das Volk der USA, diese Möglichkeit zur Beendigung des Prozesses der Vervollkommnung neuer Atomwaffen nicht auszulassen.

Wir begrüßen diese Vorschläge als eine außerordentlich bedeutsame neue Friedensinitiative. Das konkrete Programm zur Beseitigung aller Kernwaffen ist eine richtige, kühne und notwendige Antwort auf die der Menschheit drohenden Gefahren. Es zeigt einen klar festgelegten Weg in eine Zukunft ohne Krieg und ohne Waffen.
Wir begrüßen die sowjetischen Vorschläge vor allem auch deshalb, weil sie die Bundesrepublik aus der Lage eines atomaren Pulverfasses herausführen und unserem Volk ein Leben ohne Kriegsangst sichern können.
Die Verwirklichung des umfassenden Friedensprogramms würde die Möglichkeiten enorm erweitern, die großen globalen Probleme der Menschheit, wie Hunger und Krankheiten, ökonomische Rückständigkeit, Umweltzerstörung, zu lösen und das Prinzip durchzusetzen: Abrüstung für Entwicklung!
Das sowjetische Friedensprogramm entspricht insbesondere den Lebensinteressen des Volkes der Bundesrepublik. Als ein Land an der Schnittstelle der Systeme, das vollgestopft ist mit atomaren, chemischen und konventionellen Waffen, ist die Bundesrepublik mit einer besonderen existentiellen Bedrohung konfrontiert. Unser Volk, wie alle Völker, könnte voll Hoffnung in die Zukunft sehen, wenn die neuen sowjetischen Vorschläge aktive und breite Unterstützung fänden und verwirklicht würden.

Alle interessierten Bürger unserer Stadt können sich den Wortlaut der neuen sowjetischen Vorschläge bei der DKP abholen. Rufen Sie einfach an: Ernst Hechler, Mörfelden, Ellenbogenstr. 10, Telefon: 28 59 und Barbara Birkwald, Walldorf, Bahnstraße 14, Tel.: 7 11 02

****

Unser „blickpunkt"-Tip



Erziehungsgeld und -urlaub

Seit dem 1. Januar gibt es statt Mutterschaftsurlaub und -urlaubsgeld für berufstätige Mütter 600 Mark Erziehungsgeld für alle Mütter oder Väter. Anspruch haben auch Stief-, Adoptiv- und Pflegeeltern. Ab 7. Lebensmonat wird das Erziehungsgeld nur noch voll gezahlt, wenn das Einkommen bei Verheirateten mit einem Kind nicht höher als 29400 Mark netto (bei Alleinerziehenden 23700 Mark) ist. Mit jedem weiteren Kind steigt die Grenze um 4200 Mark.

Nicht angerechnet wird das Erziehungsgeld auf Wohngeld, Arbeitslosen- und Sozialhilfe, Kindergeld und den neuen Kindergeldzuschlag für Geringverdienende. **Dagegen** können Arbeitslose nur entweder Arbeitslosen- oder Erziehungsgeld bekommen. Während der zweimonatigen Mutterschutzfrist für Berufstätige wird Erziehungsgeld nur als Ausgleichszahlung gewährt, wenn das Mutterschaftsgeld unter 600 Mark liegt. Das gilt auch, wenn der Vater das Erziehungsgeld in Anspruch nimmt.

Beantragt werden sollte das Erziehungsgeld gleich nach der Geburt, es wird nur bis zu zwei Monaten rückwirkend nachgezahlt.

Anträge sind zu stellen: In Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Saarland und Schleswig-Holstein beim Arbeitsamt, in Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen beim Versorgungsamt, in Rheinland-Pfalz beim Jugendamt und in Baden-Württemberg bei der Landeskreditbank.

Erziehungsurlaub kann ebenfalls von Müttern oder Vätern genommen werden, allerdings nicht, wenn der andere Elternteil zu Hause ist, ohne arbeitslos oder in einer Ausbildung zu sein. Beide Elternteile können einmal wechseln. Der Erziehungsurlaub muß spätestens einen Monat vor Antritt beim Arbeitgeber angemeldet und die Länge verbindlich festgelegt werden. Teilzeitarbeit bis 19 Wochenstunden im gleichen Betrieb ist möglich. Anspruch auf Erziehungsurlaub hat auch, wer wegen der Höhe des Einkommens kein Erziehungsgeld bekommt.

Der **Erholungsurlaub** kann vom Arbeitgeber um ein Zwölftel für jeden Erziehungsurlaubsmonat gemindert werden und ist in der Regel vor dem Erziehungsurlaub zu gewähren. Endet das Arbeitsverhältnis während oder mit dem Erziehungsurlaub, so ist der noch nicht gewährte Urlaub abzugelten.

20% Zuwachs!

Im Dezember des vergangenen Jahres führte die DKP-Mörfelden ihre Jahreshauptversammlung durch. In Anwesenheit vieler Mitglieder und Gäste wurde durch den 1. Vorsitzenden Ernst Hechler, Rechenschaft abgelegt über die Arbeit des vergangenen Jahres, Bilanz gezogen, neue Aufgaben diskutiert.

Angefangen mit der regelmäßigen Herausgabe der Ortszeitung „blickpunkt" über Veranstaltungen zum 8. Mai, dem Tag der Befreiung vom Faschismus, SDI oder Solidarität mit Nicaragua, dem traditionellen Grillfest, dem Kinderfest, um nur einige Aktivitäten zu nennen, zeigen, daß die DKP in Mörfelden sich vor keiner anderen Partei zu verstecken braucht.

Die Frage der Erhaltung des Friedens. die Verhinderung des Wahnsinnsprojektes SDI und damit einhergehend die Diskussion, was man dagegen tun kann, spielte eine große Rolle im Bericht des Gruppenvorstandes.

Auch Kritisches wurde angesprochen. So die noch ungenügende kommunalpolitische Schwerpunktorienteirung, die nach dem Ausscheiden der DKP aus dem Stadtparlament von Mörfelden-Walldorf verzeichnet werden muß. Allerdings wurde kein Zweifel daran gelassen, daß die Zielsetzung, im Interesse der Bevölkerung 1989 wieder mit einer Fraktion der DKP ins Stadtparlament einzuziehen, zu erreichen ist. Diskutiert wurden die Voraussetzungen dafür und man war sich einig, daß die Gründung eines kommunalpolitischen Arbeitskreises ein Anfang ist.

Ebenso diskutierte und verabschiedete die Parteigruppe für das Jahr 1986 einen Arbeitsplan, der zahlreiche Aktivitäten und Veranstaltungen beinhaltet. Dazu gehören solche Veranstaltungen wie das Grillfest, das Kinderfest, die Seniorennachmittage, ebenso wie Aktionen zur Solidarität mit dem Volk von Südafrika und Nicaragua und Aktivitäten zur Erhaltung des Friedens, werden die Arbeit der Parteigruppe bestimmen.

Höhepunkte auf der Jahreshauptversammlung war die Auszeichnung der Parteigruppe mit einer DKP-Fahne durch die Bezirksvorsitzende Ellen Weber, für gute Ergebnisse in der Mitgliederwerbung im Rahmen des Ernst-Thälmann-Aufgebotes. 20 Prozent mehr neue Mitglieder im Zeitraum von fast zwei Jahren — darauf waren die Kommunisten stolz. Die Notwendigkeit der Stärkung der DKP, die Einsicht, nur mit einer an Mitgliedern gewachsenen Partei besser voranzukommen — das war Grund genug, sich neue Ziele in der Mitgliederwerbung zu stecken.

Ein weiterer Höhepunkt war die Auszeichnung von sieben älteren Genossinnen und Genossen mit der Ernst-Thälmann-Plakette des Parteivorstandes der DKP.

Ausgezeichnet wurden: *Sophie Haag, Else Henk, Adam Denger, Heinrich Schulmeyer, Karl Dammel, Michel Denk* und *Artur Siegel.*

Es war für alle Anwesenden ein bewegender Augenblick, das Wirken dieser Genossinnen und Genossen, die zum Teil schon Jahrzehnte in der kommunistischen Arbeiterbewegung tätig sind, in einer Rede zu hören.

Diesen Genossinnen und Genossen, die schon während des Faschismus für die Rechte der Arbeiterklasse eingetreten sind, die nach dem Verbot der KPD in der Illegalität arbeiten mußten, galt der Dank und die Anerkennung der Parteigruppe. Sie sind heute noch nach ihren Möglichkeiten in der Parteigruppe aktiv, sie sind Vorbilder für die jüngere Generation. Stolz sind die Kommunisten, solche Frauen und Männer in ihren Reihen zu wissen.

Zum Abschluß wurde der neue Gruppenvorstand gewählt. Einmütig wählte die Versammlung Ernst Hechler zum Vorsitzenden der Parteigruppe und Friedl Küspert zur Stellvertreterin.

****

Liebe Kinder, liebe Eltern,

seit kurzem gibt es auch in Mörfelden eine Pioniergruppe.
Wir treffen uns jeden Mittwoch um 15.00 Uhr auf dem Spielplatz Frankfurter Straße/Ecke Stockhausenstraße.
Wir sind eine sozialistische Kinderorganisation. Mitmachen kann bei uns aber jeder, der gerne zusammen mit vielen anderen Kindern spielt, feiert (z. B. Fastnacht) und sich mit uns zusammen für die Rechte der Kinder einsetzen will. . . . . .

Unser Gruppenprogramm für die nächsten Wochen:

29. 1. Fastnachtsfeste auf dem Spielplatz
5. 2. Rutschbahn '86 — ein Spiel, wobei wir uns überlegen, was wir in diesem Jahr alles zusammen machen wollen.
12. 2. Klickerturnier
19. 2. „Die Montagsmaler" sind bei uns auf dem Spielplatz.

Also, schaut doch mal vorbei. Mit uns zusammen kann man übrigens auch Pfingsten zelten und im Sommer 14 Tage ins Kinderferienlager fahren.

Tschüss *Feldstraße 38*
Conni Hechler *Telefon 14 30*

****

Skandal in der Turmstraße

In unserer Stadt gibt es 243 Wohnungssuchende. Vor allem Familien mit Kindern brauchen dringend eine Wohnung.

Die Stadt selbst verfügt über einen schmalen Wohnungsbestand. Die DKP fordert seit Jahren, daß die Zahl städtischer Wohnungen erhöht wird. Vor allem auch, um mietpreisregulierend wirken zu können.

In dieser Situation verscheuert die „Neue Heimat Südwest" in der Turmstraße einen Wohnkomplex mit elf Wohnungen und einem kleinen Laden an eine Frankfurter Millionärin zum Spottpreis von 530.000 DM. Die Stadt hätte die Wohnungen selbst gern übernommen, heißt es, sie sei aber übergangen worden.

Ob die Stadt vielleicht aber auch geschlafen hat, muß noch geprüft werden. Wie dem auch sei, diese Verkaufsentscheidung ist ein Skandal. Noch haben wir den alten Ärger mit der Neuen Heimat noch gut in Erinnerung, da kommen neue Fälle, die jedem aufrechten Gewerkschafter die Zornesröte ins Gesicht treiben.

In Frankfurt will diese propere Gesellschaft sogar ganze Siedlungen verscherbeln. Im vergangenen September wurden 22.000 Neue-Heimat-Siedlungen veräußert.

Wen trifft's? Die Kleinen! Auch in der Turmstraße in Mörfelden. Seit 1955 wohnen sie dort, haben eine Menge Geld in die Wohnungen gesteckt — und nun...?

Die Mieten sollen von 4,30 auf 8,15 DM steigen. Der Miethai schlägt zu.

Wir meinen, Widerstand tut not — Solidarität ist angesagt. Rudi Hechler

Mitglieder der DKP Mörfelden-Walldorf sammeln Solidaritätsspenden für Wakkersdorf.

Aktive Startbahngegner beim Solidaritätsbesuch im Taxöldener Forst.

Solidarität mit Wackersdorf

Die DKP Mörfelden-Walldorf verteilte Flugblätter und sammelte Geldspenden für die Bürgerinitiative in Wackersdorf. Im DKP-Flugblatt heißt es u.a.:
Die DKP Mörfelden-Walldorf ruft auf zur Solidarität mit den Bürgern, die gegen die atomare Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf kämpfen. In einem Brief, den die DKP mit allen Veröffentlichungen zur Startbahn West nach Schwandorf schickte, war zu lesen:

„... aus Hessen senden wir Euch unsere tiefempfundene Solidarität. Wenn wir die Bilder und Berichte aus Wackersdorf sehen, sind wir betroffen über die Ähnlichkeit mit den Auseinandersetzungen um die Startbahn West. Auch unsere hessischen Genossinnen und Genossen, die im Taxöldener Forst Solidarität überbrachten, berichteten von einer Volksbewegung, wie wir sie bei der Startbahn West hatten.

Genau wie in Gorleben oder am Frankfurter Flughafen ist die ganze Region gegen die Umweltzerstörungspläne aufgestanden. Vor nichts anderem haben die Herrschenden mehr Angst, als vor der einig handelnden Bevölkerung. Hier liegen die großen Chancen für Wackersdorf. Eine breite Volksbewegung kann die WAA verhindern.

Keine WAA für Profit und Krieg!
Alles für den Frieden!

Wir senden Euch solidarische Grüße!"

Mittlerweile wurde mit einem riesigen Polizeiaufgebot das Hüttendorf im Taxöldener Forst geräumt. Wir erinnern uns alle an die Hüttendorfräumung in unserem Wald. Wir wissen noch, wie wir uns freuten über jede finanzielle und politische Solidarität. Deshalb sammeln wir für die WAA-Gegner in Wackersdorf.

Post an die Bürgerinitiative in Wackersdorf ist an das Anti-WAA-Büro in 8460 Schwandorf zu richten, Postfach 1145. Für Solidaritätsspenden unterhält die Bürgerinitiative Schwandorf ein Sonderkonto bei der Schwandorfer Sparkasse mit der Konto-Nummer 380 015 156, Bankleitzahl 750 510 40.

Grüne für kälteres Schwimmbadwasser

Das Mörfelder Schwimmbad kann, auf einen längeren Zeitraum bemessen, steigende Besucherzahlen registrieren. Erfreulich ist hierbei das Interesse älterer Mitbürger, und es ist schon eine stattliche Zahl von Rentnern, die regelmäßig morgens dort ihre Runden drehen und dies auch an kühleren Tagen. Dies ist verständlich, denn immer mehr Bürger die ins Rentenalter kommen, sind in ihrer Jugend dank des damals schon vorhandenen Mörfelder Schwimmbades, mit dem Schwimmsport in Berührung gekommen. Die Ärzte begrüßen und empfehlen diese Tätigkeit als guten „Gesunderhalter", die bis ins hohe Alter ausgeführt werden kann.
Die Fraktion der Grünen Bürgerliste ha sich nun sicherlich einen schlechten, nicht gerade bürgerfreundlichen Einfall geleistet, indem sie in einem Antrag im Stadtparlament empfiehlt, die Badetemperatur bis zu 3 Grad zu senken und möchten die Kostenersparnis dieser Maßnahme in Erfahrung bringen.
Sicherlich ist es ärgerlich, wenn das Wasser auf 23 Grad erwärmt wird und wegen schlechtem Wetter nur wenige Besucher erscheinen. Man muß jedoch wissen, daß beim Aufheizen des Badewassers, nach einer Schlechtwetterperiode, um so mehr Energie notwendig, und sehr oft haben wir mit plötzlichen Wetterumschlägen zu rechnen. Hier würde an der falschen Stelle gespart.

H. H.

CDU spielt Vereine gegeneinander aus

Bereits im September 1985 stellte die CDU-Fraktion den Antrag die Vereinsbezuschussungsrichtlinien der Doppelstadt dahingehend zu ändern, daß den drei Walldorfer Großvereinen TGS, SKG und Rot-Weiß, zusätzliche Mittel für die Unterhaltung ihrer vereinseigenen Heime zukommen sollen. Zur Zeit zahlt die Stadt ca. 210 000,-- DM an laufenden Zuschüssen pro Jahr an die Vereine aus.
Die Aufschlüsselung erfolgt nach Richtlinien die vor Jahren im Mörfelder Stadtparlament erarbeitet wurden und an der auch die DKP-Fraktion mitgeareitet hat. Zu den genannten Zuschüssen werden dieses Jahr noch etwa 120 000,-- DM für Investitionsmaßnahmen der Vereine, ausgeschüttet. Über diese insgesamt 330 000,-- Mark hinausgehend, will nun die CDU-Fraktion, mit Unterstützung der GBL, gegen die Stimmen der SPD, weitere 118 000,-- DM an die drei genannten Vereine ausschütten. Danach wurden im alten Jahr, auf Wunsch der SPD, mit Unterstützung der Grünen, vorab 20 000,-- DM an jeden Verein, ist gleich 60 000,-- DM, ausgezahlt. Gegen den Beschluß der Stadtverordnetenversamlung vom 12. November 1985 (Auszahlung von 118 000,-- DM) hat der Magistrat Widerspruch eingelegt, so daß diese Vorlage nochmals auf die Tagesordnung der Stadtverordneten kommt.

Der Magistrat ist der Meinung, daß mit diesem Beschluß neue Ungleichgewichte unter den drei Walldorfer Großvereinen und weitere Ungerechtigkeiten im Verhältnis zu anderen 18 kleineren Vereinen in unserer Stadt entstehen, die ebenfalls eigene Vereinsanlagen besitzen.
Übereinstimmung bei allen Beteiligten und Betroffenen besteht darin, daß es ein Ungleichgewicht zwischen Vereinen ohne und Vereinen mit eigenen Vereinsanlagen gibt. Es wird zwar schwer sein, eine in jeder Richtung hundertprozentige und gerechte Lösung zu finden. Gemeinsamer guter Wille ist hierbei notwendig und es war bestimmt nicht die Absicht der Vereine, daß das Thema so hoch kochte. Ausgelöst hatte das ganze eine profilierungssüchtige CDU in unserer Stadt, die die Gesamtthematik nicht in vollem Umfang übersah und einer GBL-Fraktion, bisher schwach in den Vereinen verankert, die sich willig von der CDU in Schlepptau nehmen ließ, nur um der SPD ein vors Schienbein zu treten. So kann im Interessen der Vereine, die eine wertvolle Arbeit in unsrem Gemeinwesen leisten, nicht verfahren werden.

Es muß klar gesagt werden, daß im Verhältnis zu anderen Städten und Gemeinden in Mörfelden-Walldorf bisher nicht wenig für die Vereine getan wurde, wenngleich wir als Kommunisten der Meingung sind, daß all diese Mittel gut angelegt wurden, und daß wir uns bisher immer für die Unterstützung der Vereine, für neue Turnhallen und Sportplätze, ganz im Gegensatz von CDU und GBL, ausgesprochen haben.
Die Sportler sollten aber auch erkennen, daß es gerade die CDU ist die hier im Stadtparlament einen Antrag für höhere Unterstützung von Vereinen, einbringt und gleichzeitig mit Verordnungen und Beschlüssen in Bonn, die Kommunen ärmer macht und somit eine bessere Unterstützung der Vereine untergräbt.
Es ist ein Zusammenhang zu sehen zwischen Sport- und Friedenspolitik. Die CDU-Regierung in Bonn ist für mehr Rüstung, ist für die Stationierung von neuen Raketen, ist für eine Beteiligung am SDI-Programm. Man muß ihren Vertretern vor Ort einfach die Moral absprechen, sich als Förderer des Sports und der Vereine auszugeben.
Mit dem Antrag der CDU wurden alle anderen Vereine aufgeschreckt, und es wurde gegeneinander aufgerechnet. Das führt zu Haarspalterei und dies ist für den Sport abträglich. Man muß sehen, daß nach dem Ende des 2. Weltkrieges die Entwicklung in Mörfelden anders verlaufen ist, als in Walldorf, Dank weitsichtiger Sportfunktionäre wie Georg Reviol, Ludwig Schulmeyer, Wilhelm Völker u. a., hatte man 1945 aus der Vergangenheit die Lehren gezogen und einen Großverein gegründet indem alle Sport- und Kulturschaffenden Platz haben.
Auch diese unterschiedliche Entwicklung zu Walldorf, wo sich gleich nach dem Kriege wieder drei Sportvereine, mit eigenen Vereinsheimen, gründeten, spielt bei den Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Vereinsunterstützung durch die Stadt, eine große Rolle. Es ist notwendig, daß möglichst alle Betroffenen an einen Tisch kommen und Mißverständnisse, sowie Meinungsverschiedenheiten ausgeräumt werden.
Wir wünschen den Vereinen hierbei Erfolg und rufen allen Sportlern zu: Sorgt dafür, daß auch unsere Regierung nicht immer mehr Geld in die Rüstung steckt, sondern es müssen mehr Mittel frei werden für Arbeitsplätze, Wohnungen, aber auch für Sportstätten und für Vereinsunterstützung! Sportler für den Frieden!

Beschämend

Am 5. März 1985 beschließt die Stadtverordneten-Versammlung eine Reihe DKP-Anträge. Dabei viele soziale Themen: Beschlossen werden auch folgende friedenspolitischen Anträge:

- An den Stadteingängen werden Schilder „Atomwaffenfreie Zone" und „Durchfahrtsverbot für Munitions- und Raketentransporte" angebracht.
- Städtische Drucksachen werden mit dem Zusatz „Atomwaffenfreie Zone" versehen.

Heute, fast ein Jahr später, hat sich noch nichts getan. Ein Beschluß wird verschleppt. Brehl beugt sich dem reaktionären Druck der CDU.
Aber es geht noch weiter: Im November '85 treffen sich in Köln die Vertreter atomwaffenfreier Städte, um zu beraten, wie ihre Beschlüsse mit Leben erfüllt werden; Mörfelden-Walldorf, die erste Stadt, die sich zur atomwaffenfreien Zone erklärt hat, fehlt. Das ist alles mehr als beschämend. Es wird immer wieder deutlich: im Stadtparlament fehlen die Initiative und der Druck einer DKP-Fraktion.

Streikrecht verteidigen! Aussperrung verbieten!

Wir Kommunisten sind solidarisch verbunden mit dem gewerkschaftlichen Kampf zur Verteidigung der Demokratie und der Sicherung des Streikrechts. Wir sagen offen: Auf den groben Klotz, den die Allianz von Kapital und Kabinett uns vorsetzt, gehört ein grober Keil! Und das heißt: Das Streikrecht darf nicht angetastet, es muß mit allen Mitteln verteidigt werden. Der reaktionäre, arbeiter- und verfassungsfeindliche Gesetzentwurf der Bundesregierung darf im Bundestag nicht verabschiedet werden. Er muß vom Tisch!
In diesen Tagen und Wochen geht es darum:

- Keine Änderung des Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes!
- Die demokratischen Grundrechte der Verfassung dürfen nicht angetastet werden!

Die Arbeiter und Angestellten und ihre Gewerkschaften brauchen das Streikrecht, weil ihre ganzen Lebensumstände und die ihrer Familien davon abhängen, ob ihre Forderungen von der Unternehmerseite ernst genommen werden oder nicht. Ohne Streikrecht werden die arbeitenden Menschen zum Spielball des großen Geldes.
Weil wir das wissen, unterstützen wir den Kampf der Gewerkschaften mit all unserer Kraft.
Dabei lassen wir uns auch von dem Wallmann-Wirbel nicht beirren. Zumal sich die angeblichen „Tätlichkeiten" immer mehr als normale „Kaufhausdrängelei" entpuppen.

Wir würden uns wünschen, wenn sich in unserer Stadt auch die Sozialdemokraten und die GBL endlich einmal in dieser Sache zu Wort melden würden.
Leider ist dies bis jetzt noch nicht der Fall.
Obwohl das DGB-Ortskartell diese Parteien aufforderte, im Stadtparlament Stellung zu beziehen, obwohl selbst das SPD-Präsidium am 25. November den Beschluß faßte, daß die kommunalen SPD-Mandatsträger solche Solidarität leisten sollen, hat man bei der Dezember-Sitzung der Stadtverordneten einfach geschlafen.
Dabei wurde wieder einmal deutlich, würde die DKP noch in diesem Parlament arbeiten, dann wäre auch von hier aus Solidarität sichtbar geworden.
Wir hoffen, daß bei der ersten Stadtverordneten-Versammlung 1986 SPD und GBL sich ihrer Verantwortung bewußt werden.

Auch sie sollten erkennen: Aussperrung ist Mißbrauch wirtschaftlicher Macht, ist verfassungswidrig, muß verboten werden! Streikrecht ist ein Grundrecht und muß mit aller Kraft aller arbeitenden Menschen verteidigt werden!
Mit dem Streikrecht wird die Verfassung verteidigt, wird Verfassungsbruch verhindert!

rh

Volksthema

Hans Mayr, Vorsitzender der IG Metall, zur Verteidigung des Streikrechts:
„Wir wollen das zu einem Volksthema machen. Ich wünsche mir, daß in jeder Familie, in jedem Verein darüber diskutiert wird, in den Kirchen darüber gesprochen wird, in jeder Kneipe darüber gesprochen wird. So wie uns das mit der Frage der Arbeitszeitverkürzung gelungen ist."
(„Spiegel" vom 16.12.1985)

Winnie Mandela – Symbol des Befreiungskampfes in Südafrika

Mandela – es vergeht kein Tag, an dem dieser Name nicht in den Zeitungen zu lesen ist. Ein Name der zum Symbol des Widerstandes gegen das Apartheid-System in Südafrika geworden ist.
Hinter diesem Namen stehen zwei Menschen – Winnie und Nelson Mandela. Nelson, seit 24 Jahren eingekerkert, weil er gegen dieses Unrechtsystem kämpft. Seine Frau Winnie lebt seit der Verhaftung ihres Mannes in der Verbannung. Ausgesetzt einem psychischen Terror, Schikanen und ständiger Kontrolle durch die Polizei, zahlreichen Verhaftungen, ausgeschlossen von der Umwelt.
Trotz all dieser Repressalien führt sie mit ihrem Volk den Widerstand gegen das Rassistenregime weiter. Ein System von einer Minderheit von Weißen, das die Mehrheit der schwarzen Bevölkerung unterdrückt, ausbeutet, ihnen ihre Rechte und ihr Land nimmt.
Winnie Mandela steht heute an der Spitze einer Befreiungsbewegung, die für ein friedliches und demokratisches Zusammenleben von Schwarzen und Weißen, für eine gerechte soziale Ordnung für alle Südafrikaner zum Ziel hat. Sie wird von ihrem Volk geachtet und geliebt. Das gibt ihr Kraft, und sie drückte es einmal in einem Interview so aus: „Ich bin nur eine unter zahlreichen Befreiungskämpfern. Wir kämpfen für ein demokratisches Südafrika, und das werden wir auch erreichen. Leute wie ich hoffen, der Ehre gerecht zu werden, die uns das unterdrückte Volk übertragen hat."
Diesem tapferen Volk muß auch unsere Solidarität gehören. Die Aufforderung geht vor allem an die Bundesregierung, den Handel mit Südafrika einzustellen, dem Apartheidregime keine Kredite mehr zu gewähren.

Zur Solidarität kann z. B. auch gehören, kein Obst aus Südafrika zu kaufen. Beim Einkauf darauf zu achten, welches Herkunftsland auf der Verpackung steht. Ebenso dazu gehört die finanzielle Unterstützung des ANC, der Befreiungsorganisation der schwarzen Bevölkerung, die in Südafrika verboten ist und in der Illegalität arbeitet.

Deshalb wird die DKP-Mörfelden am 15. März einen Flohmarkt zugunsten des ANC veranstalten. Für diesen Flohmarkt wird alles gebraucht, und wer seine Solidarität zeigen möchte, kann bei allen Mitgliedern der DKP für diesen Flohmarkt etwas spenden.

Das Volk von Südafrika wird sich aus den Fesseln der Rassisten befreien – aber dazu braucht es die Solidarität und Unterstützung aller linken und demokratischen Kräfte, auch in unserem Land.
Freiheit für Nelson Mandela und alle anderen politischen Gefangenen ist dabei die Forderung, die immer lauter werden muß.

Friedl Küspert

Buchtip

Wer mehr über das Leben von Winnie und Nelson Mandela wissen möchte, empfehle ich das Buch: „Ein Stück meiner Seele ging mit ihm" (rororo-Taschenbuch, 10,80 DM). Ein sehr beeindruckendes Buch aus dem man viel über Südafrika und den Kampf der Befreiungsbewegung erfahren kann.

...es war der Datterich

Viele Anrufe bekamen wir für das Bild im letzten „blickpunkt", das eine Theatergruppe zeigte, wofür wir uns nochmals recht herzlich bedanken möchten. Man spielte im Jahre 1922/1923 im Frankfurter Hof das bekannte Theaterstück in Darmstädter Mundart „Der Datterich" von Niebergall.
Die Gruppe hatte schon „Kurahsch" als sie sich an dieses Stück wagte, unter der Leitung eines Lehrers namens Feurer. Andererseits lag wohl den Darstellern die Mundart, sie brauchten sich nicht groß zu verstellen.
Die Mitspieler waren fast alle bekannte Mörfelder und wir wollen die uns bekannten kurz aufzählen: Stehend von links Wendel Hechler, ein Mädchen namens Oppenheimer, August Schulmeyer (Bälzer-August), Glotzbach, dann mit Zylinder und Gitarre Jakob Schulmeyer, Heinrich Keil, Artur Wolf, der spätere SPD-Bürgermeister mit Geige und darunter mit weißem Zylinder der spätere KPD-Bürgermeister Zwillings Schorsch, unten links sitzend Heinrich Hechler, Karl Acker und in der Mitte die Titelfigur, der genannte Lehrer aus Egelsbach, sowie rechts sitzend Eva Schaffner, früher Schellhammer.
Man muß schon sagen, die Arbeitervereine von damals hatten ein recht hohes kulturelles Niveau.

Vorankündigung

Eigentlich wollten wir es schon früher schaffen. Aber jetzt setzen wir alles dran, daß es bis Ostern klappt. Dann nämlich erscheint das neue „blickpunkt"-Buch: „Mörfelden gestern".
Darin gibt es 160 Großfotos vom alten Mörfelden und im Anhang das Mörfelder Dialektwörterverzeichnis. Das Buch wird ca. 300 Seiten haben und kostet 16,- Mark.

ERNST-THÄLMANN-AUFGEBOT

Mitmachen bei der DKP!

Mörfelden gestern

Der Touristenverein „Die Naturfreunde" ist seit seiner Gründung im Jahre 1920, aus dem kulturellen Leben unserer Gemeinde nicht wegzudenken. Auf fast allen kulturellen Veranstaltungen, wie Vereinsjubiläen und Darbietungen zum 1. Mai, trugen sie ihren Teil zum Gelingen bei.
Es wurden nicht nur Wanderlieder gesungen. Die Naturfreundejugend hat gerade mit ihrem Liedgut die Tradition des Vereins nach dem 1. Weltkrieg würdig fortgesetzt. Lieder wie „Landsknecht laß die Trommel ruhen", „Kinder der Arbeit" oder „Wir lieben das Leben" entstanden in dieser Zeit und fanden viel Zustimmung. Man muß schon sagen, die Naturfreunde haben an der Arbeitergeschichte dieser Stadt mitgeschrieben.
Unser Bild zeigt die Jugendgruppe der Mörfelder Naturfreunde auf der alten Bühne der Gaststätte „Frankfurter Hof", anläßlich eines 40jährigen Vereinsjubiläums im Jahre 1949/50. Viele werden noch die alte Bühnenkulisse in Erinnerung haben, die einen frischen, noch nicht vom „sauren Regen" geprägten Buchenwald zeigte. Unten vor der Bühne, die in dieser Zeit sehr aktive Kapelle Hübner.

Verantwortlich für den Inhalt: Rudolf Dötsch, 6082 Mörfelden, Schumannstraße 3; Druck: Eigendruck